

# Volksmacht

für Schlesien

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.10 RM, auswärts 1.35 RM. Anzeigen unter Text 1.20 RM, auswärts 1.45 RM. Stellenangebote, Familienanzeigen 0.45 RM, Geschäfts-Verkehrs- und Wohnungs-Anzeigen 0.45 RM. Kleine Anzeigen pro Wort 0.20 RM, das letzte 1.00 RM. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis normaler 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

**Organ für die werktätige Bevölkerung**  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

**Bezugspreis:** Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksmacht“, Neue Grapenstraße Nr. 6, und durch alle Zusteller zu beziehen. Abonnement 1.50 RM, monatlich 0.50 RM, vierteljährlich 1.50 RM, (einschließlich Bestellgebühr), durch die Post des Monats 1.50 RM, (einschließlich Bestellgebühr) durch die Post des Monats 1.50 RM, (einschließlich Bestellgebühr) durch die Post des Monats 1.50 RM.

## Von Genf nach Washington.

### England für die Durchführung des Genfer Spruches.

Im englischen Unterhaus drang Kennwort auf eine Erklärung der obersten Ränge. Er sagte, die Entscheidung des Völkerbundes hätte zur Folge gehabt, daß die Welt um 200 Punkte gesunken sei, und er bemerkte nebenbei, selbst die Franzosen gäben zu, daß die gegenwärtige deutsche Regierung die beste sei, die Deutschland bisher hatte. Minister Chamberlain sprach sich gegen eine Erörterung der obersten Ränge aus. Dies ist eine Entscheidung des Völkerbundes, an die sich zu halten, alle Verbündeten verpflichtet sind.

„Daily Telegraph“ wird trotz der pessimistischen Berichte in britischen Kreisen erklärt, daß keinerlei ernste Differenz zwischen der britischen und der französischen Regierung über die beste Art der Durchführung der Empfehlungen des Völkerbundes in der obersten Rängefrage entstanden ist. Die amtlichen französischen Kreise trennen ebenso wenig wie die englischen die politische von der wirtschaftlichen Seite. Die Einzelheiten des so verwickelten Verfahrens könnten jedoch kaum ohne zeitliche Erwägung geregelt werden.

„Eclair“, Paris, dagegen schreibt, England, das trotz allem seinen Standpunkt in der obersten Rängefrage nie geändert hat, setze sich bereit, die Absichten Deutschlands zu begünstigen. Es verlange von Frankreich, sich ihm anzuschließen und den beiden Beteiligten sowohl die Festlegung der neuen Grenze als auch die Bildung einer deutsch-polnischen Kommission unter Vorsitz eines Neutralen zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Einheit in Oberschlesien aufzuerlegen. „Eclair“ hofft, daß die französische Regierung es kategorisch ablehnen werde, sich einer solchen Entscheidung anzuschließen, die gleichzeitig dem Versailler Vertrag und dem gemeinen Recht zuwiderliefe. Rehnlich äußern sich die meisten anderen Pariser Blätter.

### Balfour geht zur Konferenz nach Washington.

Im englischen Oberhaus machte Lord Curzon in gleicher Weise wie Lord George im Unterhaus Mitteilung über die Zusammenlegung der britischen Delegation für Washington und sprach seine Genehmigung darüber aus, daß Balfour trotz der zahlreichen Pflichten, die auf ihm lägen, die ihm anvertraute Mission übernehmen habe. Lord Curzon fuhr fort, er würde sich gern selbst nach Washington begeben, aber wichtige Angelegenheiten machten es ihm völlig unmöglich, die Reise zu unternehmen, die wahrscheinlich nicht kurz sei. Er sprach schließlich die Hoffnung aus, daß diese historisch so bedeutungsvolle internationale Zusammenkunft zu einem Erfolg führe.

Der italienischen Abordnung zur Washingtoner Konferenz werden angeordnet, Schürzer als Vorsitzender, der Deputierte Meda und die Senatoren Albertini und Roland Ricci. Der Ministerrat hat beschlossen, daß auch Minister della Torretta an der Konferenz teilnehmen soll, wenn die Minister des Auswärtigen der anderen Regierungen nach Washington gehen.

### Noch kein Sachleistungsabkommen mit England.

Seit einigen Tagen werden englische Pressemeldungen verbreitet, die auch wir vernehmen haben, die behaupten, zwischen England und Deutschland seien Verhandlungen wegen eines Abkommens über Sachleistungen im Gange. Das deutsche Wiederaufbauministerium läßt erklären, daß diese Meldungen falsch sind. Der deutsche Wiederaufbauminister Rathenau hat wohl anlässlich einer Unterhaltung mit dem englischen Botschafter in Berlin die Frage angeregt, ob nicht auch England bereit sei, in Verhandlungen über Sachleistungen einzutreten; die Unterredung ist aber über eine unverbundene Besprechung nicht hinausgekommen.

Der diplomatische Berichtsfahrer des „Daily Telegraph“ schreibt: Ein interalliiertes Einverständnis über das Wiesbadener Abkommen werde vielleicht erzielt werden, jedoch nicht ohne sehr sorgfältige materielle Abänderungen. Auf britischer Seite besteht keineswegs die Ansicht, Frankreich bei seinem berechtigten Wunsch, den Wiederwärtigen seiner zerstörten Gebiete mittels deutscher Unterstützung zu beschleunigen, Schwierigkeiten zu bereiten. Zugleich habe jedoch das britische Schahamt für Großbritannien das Maximum von erreichbaren Reparationen zu sichern und aus diesem Grunde könne es, sei es zu Gunsten Deutschlands oder Frankreichs, auf irgendwelche wesentlichen britischen Rechte nicht verzichten. Der britische Vertreter müßte sich daher in der Hauptsache von zwei Faktoren leiten lassen. 1. der etwaigen nachteiligen Wirkung des Wiesbadener Abkommens in der augenblicklichen Gestalt auf Deutschlands Zahlungsfähigkeit, 2. von dem Umfang in dem das Wiesbadener Abkommen Frankreich die Priorität gewährt.

### Der amerikanische Senat für die Ratifizierung des Friedens mit Deutschland.

Im Senat trat Senator Johnson (unverzichtlicher Republikaner) für die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland ein. Er sagte, er könne sich nicht den Ansichten anderer (Unverzichtlicher) anschließen, daß der Vertrag wahrhaftig die

die Ratifizierung des dem Senat vorliegenden Vertrages. Er meinte, die Wiederherstellung des Friedens mit Deutschland sei für die Rehabilitation Amerikas notwendig. Er führte aus, die Vereinigten Staaten hätten den Versailler Vertrag anerkannt, dadurch, daß sie eine Stimme bei der Verfügung über Japan und andere frühere deutsche Besitzungen beanspruchten. Darauf lehnte der Senat mit 71 gegen 7 Stimmen den Zusatzantrag zum Friedensvertrag mit Deutschland ab, der die Vereinigten Staaten von allen sich aus dem Versailler Friedensvertrag ergebenden Verpflichtungen befreien wollte.

### Gegen die Teuerung.

**Eine sozialdemokratische Anfrage.**  
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:  
„Durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft sind die Preise für alle Nahrungsmittel und Gegenstände des täglichen Gebrauchs maßlos in die Höhe getrieben.  
Der Preis für das freie Getreide steht weit über 4000 Mark pro Tonne; der Kartoffelpreis ist um rund 100 Prozent höher als er im vorigen Jahre war und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Preis für dieses wichtige Nahrungsmittel noch weiter steigt.  
Die Preise für Rohhäute sind im Zeitraum weniger Wochen um 200 bis 400 Prozent gestiegen, indem damit zu rechnen ist, daß der Lederpreis in kurzer Zeit eine Rekordhöhe erreichen wird. Ebenso steht es mit den Preisen für inländische Rohwolle.  
Löhne und Gehälter sind angesichts der gemaltigen Teuerung, völlig unzureichend erhöht. Die wirtschaftliche Lage der Invaliden, Alters-, Unfall- und Kriegrentner hat sich bedeutend verschlechtert, und die Kleinentner sinken immer tiefer ins Elend.  
Wir fragen daher:  
Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Preissteigerung der Waren deutscher Herkunft und den offenen betriebenen Wucher zu unterbinden?“

geg. Müller-Franken und Fraktion.“

### Die stürmische Bewegung am Devisenmarkt

hat gestern etwas nachgelassen. Auch diesmal vollzog sich die Kursentwicklung unter außerordentlich heftigen Schwankungen, die darauf schließen lassen, daß spekulative Kräfte an der Arbeit sind. Es handelt sich hierbei noch weniger um die Tagesfluktuation als um langfristige der Industrie und des Handels, die eine weitere Vertiefung der fremden Zahlungsmittel befürchten und sich daher in erhöhtem Maße mit Devisen versehen. Bezeichnend für die spekulativen Treiber ist die Tatsache, daß am gestrigen Börsenbeginn in Berlin der Dollar mit 165 von Banken angeboten wurde, kurze Zeit darauf aber auf 187 hinaufging, um dann bei der amtlichen Kursfeststellung auf 180,51 zu liegen, also um 4 Mark billiger als am 17. Oktober. Im ganzen ist das Bild der Devisenkurse gegenüber vorgelegtem nicht einheitlich, so zeigen der holländische Gulden, das englische Pfund und die schwedische Krone noch Preissteigerungen, während andere Devisen, wie der französische und der Schweizer Franken etwas zurückgegangen sind. Gegen Börsenende waren die Kurse leicht gesenkt. Es ist also zu hoffen, daß der trostlose Pessimismus in der Bewertung der Mark, wie er vorgestern bei der panischen Preistreue ausländischer Zahlungsmittel seinen Ausdruck fand, nun wieder ruhiger Überlegung Platz macht. Allerdings sind spekulative Ausschreitungen keineswegs ausgeschlossen.

### Kartoffelnot und Ueberfluß an Monopolspiritibus.

(Drahtbericht unjeres Berliner Büros.)  
Während Kartoffelmangel und Kartoffelmangel sich immer mehr ausbreiten, hat das Reich an Spiritibus und Schnaps Ueberfluß. Wie die Berliner „Freiheit“ nachweist, extrahiert das Reich geradezu an unverkäuflichem Spiritibus. Des Monopolsamt hat nicht weniger als 1 1/2 Millionen Hektoliter an Spiritibus. Jedes Hektoliter kostet aber jährlich allein an Verzinsung des darin stehenden Kapitals und an Lagergebühren weit über 100 Mark, dazu kommen bedeutende Verluste durch Schwund. Um Raum zu schaffen für den unaufhörlich aus den Zuckergütern herantretenden Spiritibus muß jetzt das Monopolsamt dieses teuer bezahlte Zeug um Spottgeld an die Benzolindustrie zu Treibzwecken verkaufen oder zu Schinderpreisen ins Ausland abstoßen. Summen von phantastischer Höhe gehen dabei verloren und müssen durch die Steuerzahler wieder aufgebracht werden. In diese unerbörte Wirtschaft muß schnelligt hineingeleuchtet werden.

### Der Hochverratsprozeß gegen Jagow und Landbund-Wangenheim beginnt!

Vor dem Reichsgericht in Leipzig beginnt am Donnerstag, den 27. Oktober, der Prozeß gegen den Regierungspräsidenten a. D. Traugott von Jagow und gegen den Vorsitzenden des Reichslandbundes, Freiherrn von Wangenheim, wegen Beteiligung am Kapp-Putsch. Beide Angeklagte haben sich wegen Hochverrats zu verantworten.

**Verfassung und Strafrecht.**  
(Drahtbericht unjeres Berliner Büros.)  
Das Gesetz zum Schutze der Republik, das nach der Ernennung

### Das Diktat von Venedig.

Ein Gegenstück zu Genf.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Feierlich hat die Entente in dem Friedensdiktat von St. Germain Österreich das Burgenland zugesprochen. Aber schon lange war es klar, daß die Entente nur darauf sinne, sich um diese Bestimmung zu drücken und daß sie mit Ungarn, das sie als Bundesgenossen gegen Sowjetrußland ansah, ihren Frieden machen wolle. Deshalb hat sie wohl die Entlassung Österreichs betrieben, aber ruhig zugehört, wie Ungarn, entgegen dem Friedensvertrag von Trianon, ein nach Hunderttausenden zählendes Heer ansammelte. Den Anfang hat natürlich Frankreich mit dem Geheimvertrag von Gdöllö gemacht, in dem es Ungarn verpflichtete, wenn in Wien kommunistische Unruhen ausbrechen oder wenn sich Österreich an Deutschland anschließen, in Wien einzumarschieren. Nach dem Putsch, den der Exkaiser Karl im März dieses Jahres verübte, schien es, als ob die Entente die Gefahr, die von einem starken Ungarn ausgeht, erkenne. Denn sie teilte der ungarischen Regierung sofort mit, daß sie die Wiederaufrichtung der Habsburgerdynastie nicht dulden werde, ja sie gestattete sogar der Tschekoslowakei und Jugoslawien, ihre Truppen zum Einmarsch nach Ungarn bereit zu stellen.

Aber seither ist die Entente immer offener auf die Seite der Ungarn getreten. Ganz klar trat das in der burgenländischen Frage zutage. Als der Vertrag von Trianon in Kraft trat, mußten die Jugoslawen das noch besetzte Gebiet von Fünfkirchen den Ungarn übergeben, aber den Ungarn wurde erlaubt, die Uebergabe Westungarns an Österreich hinauszuschieben. So wurde nicht nur das einzige Kaufpfand, das die Entente für die Verpflichtung Ungarns zur Uebergabe Westungarns hatte, freiwillig aus der Hand gegeben, sondern es wurde den Ungarn auch ermöglicht, den Widerstand gegen die Uebergabe zu organisieren. Daß die Entente schon damals ein triviales Spiel spielte, geht daraus hervor, daß die Interalliierte Generalkommission, die die Entente in Venedig vertritt, Österreich verboten hat, die Uebernahme des Gebietes durch die Wehrmacht vorzunehmen zu lassen, deren bloßes Erscheinen die Ungarnen hinjenden, die sich schließlich nach blutigen Opfern an die Grenze zurückziehen mußten. Gnädig hat die Entente Österreich gestattet, durch die Wehrmacht die Grenze gegen die Einfälle von Banden zu schützen, die jeden Tag an einer anderen Stelle in Österreich einbrechen. Um die traurige Komödie voll zu machen, hat die Interalliierte Generalkommission zunächst das ungarische Offiziersdetachment Odenburg als Entente-truppe anerkannt und ihr die Aufrechterhaltung der Sicherheit übertragen und zum Schluß noch der ungarischen Regierung bestätigt, daß sie Westungarn „übergeben“, also den Friedensvertrag erfüllt habe!

Mittlerweile hatte Ungarn, um eine faktische Abtretung des Burgenlandes zu verhindern und namentlich, um gegen eine bewaffnete Intervention der kleinen Entente gerüstet zu sein, seine Armee an der Grenze bereitgestellt. Denn die tschekoslowakische wie die jugoslawische Regierung erkannten sehr wohl, daß, wenn Ungarn stark genug wäre, die Uebergabe des Burgenlandes zu verweigern, es auch daran gehen würde, die an die Nachbarstaaten verlorenen Provinzen zurückzuerobert. Als sie nun Wiene machten, gegen Ungarn zu mobilisieren, fiel ihnen Italien in den Arm und kündigte eine Vermittelung zwischen Österreich und Ungarn an. Italien sieht nämlich in Ungarn seinen Bundesgenossen gegen Jugoslawien und sucht es daher sich noch mehr zu verpflichten, indem es ihm Westungarn rettet, und zugleich seine Armee zu vergrößern, die nicht nur Ungarn gegen Österreich und die Tschekoslowakei, sondern auch Italien gegen Serbien im Kampfe um die Vorherrschaft an der Adria zur Verfügung stehen soll.

Die italienische Vermittelung hatte also zunächst den



gemeinen der Politik des Ministerpräsidenten zu. — Abg. Dr. von Rries (Dn.) sprach für die Verbeibaltung des Staatsrates. Die Verwaltungsbeamten stehen zum Teil in Bezug auf Befolgung und Aufmerksamkeitsfähigkeit schlechter als andere. Das die Ungültigkeit des Heberalterungsgegesetzes ausprechende Kammergerichtsurteil richtet sich zwar nur gegen richterliche Beamte, da diese nur die richterliche Entscheidung anrufen haben, seine Begründung trifft aber für die meisten anderen Beamten zu. Daher sind Regierungen zu befrachten. — Abg. Braun (So.) besprach die Kartoffelsteuerung und war für eine größere Zusammenfassung des Reiches als Verwaltungskörper. Steigerwalds Haltung in dieser Frage ist richtig. — Abg. Schölich (So.) erhob Vorwürfe gegen die Agitation katholischer Geistlicher in Oberschlesien zu Gunsten Polens.

### Industrie-„Hilfe“, Steuerprogramm und neue Wiedergutmachtungsschwierigkeiten.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Im Laufe des Dienstag hat sich der interfraktionelle Ausschuss des Reichstages in Gegenwart des Reichskanzlers Dr. Wirth mit den künftigen Steuerproblemen beschäftigt und Kenntnis genommen von dem Gang der Verhandlungen, die bisher mit der Industrie über eine Kreditbeschaffung geführt wurden. Die Verhandlungen waren vertraulicher Natur. Hejtag aber darf werden, daß das Angebot der Industrie bisher noch keine konkreten Formen angenommen hat, und daß augenblicklich noch ganz ungewiß ist, in welcher Form und in welcher Höhe die kapitalkräftigen Kreise zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen und zur Bilanzierung des Etats beitragen wollen. Nachdem dem Deutschen Reich durch die Beschlüsse des Völkerbundrates große Teile seines Wirtschaftsorgans ausgenommen werden, ist es überhaupt fraglich, ob die bisherige Koalition zu einem Steuerprogramm, das den Verhältnissen entspricht, kommen wird. Es braucht heute kein Nehl mehr daraus gemacht zu werden, daß die Lösung des oberhschlesischen Problems eine Situation schaffen wird, die kaum überdauert scheint. Die Sozialdemokratie denkt vorläufig nicht daran, ihr Votum zu einer weiteren Anziehung der Verbrauchssteuerzuschüsse zu geben, wie sie von bürgerlicher Seite angestrebt wird. Andererseits muß man sich aber klar darüber sein, daß bei der Durchführung der bisherigen Absichten der Industrie zur Kreditbeschaffung eine Erfassung der Sach- und Goldwerte kaum möglich erscheint. Unter diesen Umständen wird das Deutsche Reich durch den Austritt des Kabinetts Wirth, der erfolgen wird, sobald die Entscheidung über Oberschlesien vorliegt, eine Krise von mindestens 14 Tagen bis 3 Wochen erleben. Vorläufig weis nemich noch niemand, wie nach der Entscheidung über Oberschlesien die finanziellen Ansprüche des Reichs und die der Ententemächte geregelt werden sollen.

Im Artikel 212 des Versailler Vertrages haben die Ententemächte selbst anerkannt, daß Deutschland in Durchführung anderer Bestimmungen des Friedens von Versailles auf die Dauer keinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Der betreffende Artikel lautet:

„Die allierten und assoziierten Regierungen erkennen an, daß die Hilfsmittel Deutschlands unter Berücksichtigung ihrer dauernden, sich aus den übrigen Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages ergebenden Verminderung nicht ausreichen, um die volle Wiedergutmachung aller dieser Verluste und Schäden zu gewährleisten.“

Inzwischen sind der Deutschen Regierung von den bei Unterzeichnung des Vertrages in Besitz befindlichen Hilfsmitteln weitere Teile genommen worden und zwar durch Verwirklichung mit bestimmter Ententebeschlüsse. Dieses festzustellen vor aller Welt, hat das Deutsche Reich allen Anlaß, zumal sein Erfüllungswille, der zugleich von der Erfüllungsfähigkeit abhängt, ungeschindert fortbesteht.

**Der vom Reichstag eingesezte Ausschuss zur Untersuchung des Erbenrückfalls von Mont Cenis** hat seine Arbeiten abgeschlossen. Wie der Sozialdemokratische Parlamentsbericht erzählt, ist das Untersuchungsergebnis wenig befriedigend. Es zeigt sich, daß derartige Untersuchungen ziemlich ergebnislos verlaufen müssen, wenn sie nicht unmittelbar nach dem Unglück vorgenommen und ohne Unterbrechung durchgeführt werden können. In den Kreisen des Ausschusses besteht die Absicht, dem Reichstage die Einsetzung eines künftigen Ausschusses vorzuschlagen, der sich unter Zustellung von Sachverständigen bei Katastrophen wie Mont Cenis schnellstens an die Unglücksstätte zu begeben hat.

**Der frühere König von Bayern gestorben.** Der frühere bayerische König Ludwig ist, 78 Jahre alt, gestorben.

**Der 9. November.** (Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Auf den Antrag der U. S. G. Sachsen, dem Landtag ein Gesetz vorzulegen, durch das der 1. Mai und der 9. November als gesetzliche Feiertage anerkannt werden sollen, war die sächsische Regierung an die Reichsregierung mit einer entsprechenden Forderung heranzetretten. Im vergangenen Jahre war im Wege der Verordnung der 9. November für staatliche Betriebe als dienstfrei bestimmt worden. Die Reichsregierung hat geantwortet, daß man im Hinblick auf die sich dabei ergebenden Schwierigkeiten, die Deutschland von einer solchen Verordnung in diesem Jahre hätte, Abstand nehmen sollte.

**Spraments Anschlag an Breschen.** Der amtliche preussische Pressedienst meldet: Am 18. Oktober haben 2546 Einwohner Spraments für den Anschlag an Breschen, 640 gegen Breschen, gestimmt. Das bedeutet, daß für eine Mehrheit von 80 Prozent für den Anschlag ausgesprochen hat. Künftig werden die Arbeiten zum Abschluß des Staatsvertrages beschleunigt werden.

### Von den Berliner Spaltspitzen. (Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Während der vergangene Sonntag der Arbeiterklasse gezeig hat, wohnt die Zerspaltung der sozialistischen Bewegung führt, sehen die Kommunisten ihren Spaltungswahnsinn fort. Wie die „Freiheit“ berichtet, gab es in einer geschlossenen Versammlung der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, in der u. a. der berüchtigte Reichstagsabgeordnete Kemmle sprach, am Ende eine wilde Schlägerei. Es wurden Stühle und Bierdeckel gegen die Leuten geschwungen. Ernst Dümmig mußte sich durch eine Hinterlist retten. An seiner Stelle wurde Edwin Hörule verprügelt. Die „Nöte Jahne“ berichtet verächtlich von „kürzlichen Austritten“ und meldet den Austritt von führenden 12 Parteigenossen, die zur Opposition gehören. Der Bericht sollte wohl noch mehr erzählen, aber eine höhere kommunistische Zensurbehörde hat den Text beschneiden und ein großer weicher Fleck deckt schweigend die kommunistische Schande.

### Breslau (Land)-Neumarkt. Etwas von der Arbeitsgemeinschaft Rößbach.

Seit einem halben Jahre treibt sich in Mittelschlesien auf den Gütern unserer Großgrundbesitzer eine Gesellschaft herum, die auf den Namen „Arbeitsgemeinschaft Rößbach“ hört, von denen verschiedene seinerzeit in Oberschlesien mitgekämpft haben wollen. Tatsache ist jedoch, daß der weitaus größte Teil dieser Rößbach-Gemeinschaft Oberschlesien nicht gesehen hat, sondern sie sind aus ganz Deutschland zusammengezogen worden und glauben, auf Kosten der Arbeiterschaft ein Schmarogerleben führen zu können. Als Feldhüter sind verschiedene angestellt, natürlich schwer bezahlt und im Hinblick darauf glauben manche nun, sich ein billiges Vergnügen leisten zu können und gelübt auf ihre Revoluzzer und Gummimittel im besoffenen Zustande Leute, deren Gehalt ihnen nicht gefällt, anzurempeln und Tätlichkeiten gegen sie zu verüben.

Auch auf dem Rittergute in Schottwitz, Breslau-Land, sind zwei Leute der Arbeitsgemeinschaft Rößbach, deren Stammtrommel im Hinblick darauf untergebracht. Der eine von diesen hat in dem Pönnigsten Lokal schon des öfteren die hiesigen Bewohner mit dem Revolver bedroht. Bei einer Hochzeitsfeier in dem Lokal benahm er sich derartig, daß ihm durch den Schwiegerjohn der Wirtin das Lokal verboten wurde. Am Sonntag, den 16. d. Mts., kam er vormittags wieder in das Lokal, wo noch zwei hiesige Arbeiter anwesend waren, leiste sich ein Tisch mit dem Bemerkten: „In diesem Spartalistentisch will ich ein Glas Bier trinken. Wir Deutschenationalen können bezahlen und wer etwas von mir will, ist eine Leiche.“ Einer der Gäste ging sofort zu dem hiesigen Landjäger mit der Bitte, dem gefährlichen Burschen zu entkommen. Während nach mit dem Landjäger verhandelt wurde, kam der Schwiegerjohn der Wirtin (ein Polizeikommissar aus Breslau) in das Lokal und gleich beschimpfte der Bursche den Eintretenden. Nun verbat ihm der Schwiegerjohn der Wirtin das Lokal, und als er nicht ging, verurteilte er, ihn gefesselt zu entfernen.

Im Haus für den Rößbachmann den Revolver und nur dem Eingreifen der alten Wirtin ist es zu verdanken, daß der Schuß in die Decke ging. Nunmehr wurde er überwältigt und entwaffnet. 1 Revolver, 10 Patronen, ein Schlagring und ein Taschenmesser wurden ihm abgenommen und dann wurde er auf die Straße geworfen. Danach rannte er in die Zigelei aus Telesphan und forderte von Treubüh Hilfe. Mit dem nächsten Tage kam der bekannte Leutnant Klemm aus Treubüh mit neun Mann, alle bewaffnet und wollten Rache für den Entwaffneten üben. Im Ru war die Arbeiterschaft auf der Straße und die Situation wurde für die Herren etwas ungemütlich. Der selbstverordnete Amtsvorsteher begab sich nun mit dem Landjäger zum Rittergutsbesitzer, um zu veranlassen, daß die ganze Bande so schnell wie möglich abgehoben wurde. Der Rittergutsbesitzer war sofort damit einverstanden, aber der sogenannte Leutnant Klemm wollte durchaus keine Rachepläne nicht aufgeben und mußte sich erst zufrieden geben, als die Arbeiterschaft und die Landarbeiter des Gutes eine drohende Haltung einnahmen.

Was sagt die Regierung zu diesem Treiben? Ist es nicht unerhört, daß die ruhige Einwohnerchaft von dieser Gesellschaft überfallen werden kann? Wenn nunmehr nicht bald ganz entschieden gegen dieses Lumpengeheißel eingeschritten wird, wird die Arbeiterschaft in den Orten, wo sich die Rößbachleute festgesetzt haben, rücksichtslos zur Selbsthilfe greifen und die Verantwortung dafür denjenigen überlassen, die alle Warnungen in den Wind geschlagen haben.

### Aus der Provinz Schlesien. Sozialdemokratische Parteikonferenz.

Aus Schweidnitz wird uns geschrieben: Eine Konferenz der Sozialdemokratischen Vereine des Stadt- und Landkreises Schweidnitz fand am Sonntag im Lokal „Zum Rosental“ in Schweidnitz statt. Betreten waren 22 Ortsvereine mit 35 Delegierten, darunter 5 Kreisratsabgeordnete. Vom Bezirksvorsitzend in Breslau war Genossin Zils anwesend. Leider fehlten wieder die Vorstände aus dem Landkreise, was scharf gerügt werden muß. Das zeugt von keinem großen Interesse an der Parteibewegung.

Den Bericht vom Görlitzer Parteitage gab Genosse Daubenthaler (Striegau). In seinen Ausführungen wies er einleitend darauf hin, daß es der Partei unter dem alten System unmöglich war, an der Regierung teilzunehmen. Jetzt sei es anders: die Pflicht gebietet es uns, mitzuregieren, auch wenn wir in der Minderheit sind. Ausführlich ging der Redner sodann auf die in Görlitz gefassten Beschlüsse ein, und er gab weiter ein Bild von der Entwicklung des Parteilbens im Reich. Mit dem Hinweis, daß die Gefahr von rechts komme und eine Einigung der Genossen bringend notwendig sei, schloß er seinen beifällig aufgenommenen Bericht.

An diesen schloß er seine längere Aussprache, in der Redner für und gegen zum Wort kamen; aber wenn auch anfänglich die Meinungen auseinandergingen, so trug die Aussprache doch wesentlich zur Klärung bei. Wie wollen wir demokratisieren, wenn wir nicht in der Regierung sind? So fragte ein Redner mit Recht. Es wurde dann folgende Entschlußfassung einstimmig angenommen:

„Die Konferenz billigt die Beschlüsse des Parteitages. Was den Beschluß über die Mitarbeit in der Regierung betrifft, so hält es die Konferenz für richtig, daß nicht nur eine Erweiterung der Koalition nach rechts, sondern vor allem nach links versucht werden muß. Der Schuß der Republik und die freihetliche Ausbildung der demokratischen Erregungenschaften, sowie die kräftige Heranziehung der Besthenden zu den Steuern muß dabei in erster Linie Rücksichtnahme des Handels sein. Die Konferenz ist aber der Ansicht, daß mit der Deutschen Volkspartei, wie sie bisher war, keine Koalition eingegangen werden kann.“

kritisch gehaltene Aussprache, in der über Ernährungsfragen im Kreise gesprochen sowie die Wohlfahrtsfrage und das Fortbildungsschulwesen erörtert wurden.

Danach fanden die Wahlen zur Bezirkskonferenz in Breslau und der Bezirksleiter statt. Als Kreisvertrauensmann wurde Genosse Paul Beer (Schweidnitz) wiedergewählt. Als Delegierte zum Bezirksparteitag in Breslau wurden die Genossen Beer, Jäger, Waldenberger, Kulsche jun., Groop und Pfeifer gewählt. Als Bezirksleiter gingen aus der Wahl hervor die Genossen Jäger (Kreitzburg), Waldenberger (Gräblich), Kulsche jun. (Ströbel), Altdorf (Saarau) und Pfeifer (Konradswaldau).

Unter Verschiedenes wurden noch mancherlei Wünsche zur Sprache gebracht und Anregungen gegeben. Unter anderem wurde beschlossen, daß der 9. November durch Arbeitsruhe zu feiern sei. Mit einem kräftigen Schlußwort des Genossen Zianke fand die Konferenz gegen 2 Uhr ihr Ende.

### Schlesisches Zigeunerunwesen?

Der preussische Minister des Innern hat eine kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Hegenborn folgendermaßen beantwortet: Der Staatsregierung ist bisher nichts bekannt, daß die Provinz Schlesien in zunehmendem Maße von Zigeunerbanden heimgesucht worden ist. Nach einer noch in Kraft befindlichen Anweisung vom 17. Februar 1906 zur Bekämpfung des Zigeunerwesens ist ausländischen Zigeunern der Aufenthalt über die Reichsgrenze mit allen gesetzlich zulässigen Zwangsmitteln zu verwehren. Gleichwohl im Staatsgebiet betroffene Zigeuner sind festzunehmen und auszuweisen. Bei inländischen Zigeunern ist anzustreben, daß sie möglichst an einem bestimmten Ort sesshaft werden und nicht im Umherziehen der Bevölkerung zur Last fallen. Gegen alle Straktionen umherziehender Zigeuner ist besonders nachdrücklich einzuschreiten. Dauernde polizeiliche Beobachtung ist angeordnet.

Im übrigen ist im Jahre 1912 in allen Provinzen eine am 1. Juni 1912 in Kraft getretene Polizeiverordnung erlassen worden, durch die das bandenmäßige Umherziehen von Zigeunern unter Strafe gestellt wird.

### Das Wohnungsrecht der Landarbeiter.

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages brachte vor kurzem im Hauptausschuss zur Sicherung des Wohnungsrechts der Landarbeiter den Antrag ein: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung auf beschleunigte Uebernahme der Mieterwohnungs-Verordnung nach der Richtung hin zu wirken, daß auch die Kündigung und Räumung von Wohnungen, die die Deputat- und sonstigen landwirtschaftlichen Arbeiter innehaben, der vorherigen Genehmigung der Miteigentümer bedarf.“ Der Antrag zur Einbringung des Antrages wurde dadurch gegeben, daß sehr viel Landarbeiter, die sich bei ihrem Unternehme mitleidig gemacht hatten, entlassen wurden. Beantwanden die Arbeiter gegen die Entlassung des Schlichtungsausschusses, so wurde fast regelmäßig ein Vergleich herbeigeführt, wenn die Entlassung als gerechtfertigt nicht anerkannt wurde. Der Arbeiter begnügte sich mit einer Abfindungssumme. Damit verblieb es aber auch bei der Entlassung.

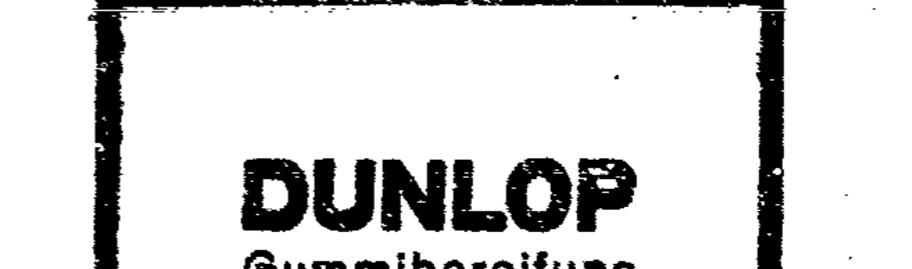
Die Folgen zeigten sich sehr bald. War die Sache vor dem Schlichtungsausschuss erledigt und die Entlassung rechtskräftig geworden, dann wurde gegen den entlassenen Arbeiter die Räumungssage angestrengt. Die Gerichte entsprechen nach dem geltenden Recht dem Klageantrag. Der Arbeiter muß die Werkwohnung nach der richterlichen Entscheidung räumen. Wo er eine andere Wohnung bekommt, das ist seine Sache; vielleicht hat er Glück und kann eine Mietwohnung beziehen, die von allen Seiten Regen, Sturm und Sonnenhitze freien Zugang gewährt. Die Werkwohnung bleibt vielfach leer. Um die offensbaren Mängel zu steuern, wurde der vorstehende Antrag eingebracht.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Hauptorgan des Reichslandbundes, benützt die Einbringung des Antrages, um in ganz ungehöriger Weise nicht nur gegen den Antrag, sondern auch gegen den Deutschen Landarbeiter-Verband vorzugehen. Einer der Unterzeichner des Antrages ist der Landtagsabgeordnete Gaultier Kollege Wende. Die Tatsache genügt dem Organ des Reichslandbundes, die landwirtschaftliche Arbeiterschaft darauf hinzuweisen, daß der Deutsche Landarbeiter-Verband hinter dem Antrage steht, der durch diesen Antrag zu allem andern auch den Arbeitersolidaritätsgedanken schwer verletzt. Daß der Deutsche Landarbeiter-Verband den Antrag nicht eingebracht hat, weiß die „Deutsche Tageszeitung“ ganz gut. Es ist aber selbsterklärend, daß der Deutsche Landarbeiter-Verband darum schweigt, daß das Wohnungsrecht der Landarbeiter zu sichern und zu mildern. Wenn die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages und der Landtagsabgeordnete Kollege Wende sich der Unterstützung der Landarbeiter durch Einbringung des Antrages angehen, so werden die Landarbeiter dafür nur Dank und Anerkennung wissen. Es ist ein durchsichtiges Ferkelstück, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ versucht, es so darzustellen, als ob mit Einbringung des Antrages durch die Abgeordneten der Arbeitersolidaritätsgedanke verletzt sei. Die „Deutsche Tageszeitung“ und ihr Anhang merken offenbar nicht, in welchem Maße sie das verfassungsmäßige Recht der Abgeordneten zu beeinträchtigen versuchen.

Jedenfalls würde das Reichslandbundorgan nützlichere Arbeit verrichten, wenn es darauf hinwirken würde, daß das Wohnungsrecht der Landarbeiter im Sinne des Antrages gesichert wird. Es erwartet offenbar das Gegenteil, indem es der Hoffnung Ausdruck gibt, daß der Antrag im Landtag Ablehnung erfahren wird. Damit kennzeichnet es seinen antijozialen Charakter.

**Beim O. Raubüberfall.** Am Montag mittag gegen 12 Uhr wurde in der Volksbank in Laurahütte ein Raubüberfall verübt. Ein mit zehn Personen besetztes Auto fuhr an dem Bankgebäude vor. Die Insassen zwangen Beamte und Publikum im Kassenraum, sich mit dem Gelde gegen die Wand zu stellen und raubten 90 000 Mark. Die Banditen verschwanden fluchtartig im Auto unerkannt.

**Bei Rheuma, Ischias und Hexenschuß** wirken Toga-Tabletten rasch und sicher. Keine schädlichen Nebenwirkungen. Klinisch erprobt. In allen Apotheken erhältlich.





## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 19. Oktober.

### Sozialdemokratischer Verein.

Morgen Donnerstag, den 20. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Saal von Bräuer, Gablitzstraße 20.

**Mitglieder-Versammlung.**  
Redner: Der russische Genosse Olsberg. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

**Achtung! Polizeibeamten-Versammlung.** Freitag, den 21. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokal „Wratistawia“ Mauritzusplatz 2. Alle Polizeibeamten müssen erscheinen.

### Klassenkampf.

So viele überkommt ein Grausen beim Worte „Klassenkampf“. Das Wort ist ihnen der Inbegriff der Zücht und Brutalität. Und das, weil sie dem Begriffe einen wesenfremden Inhalt geben, weil sie in dem Begriffe das hineinlegen, was sie von ihren Gegnern kennen. So ist dieses Grausen beim Worte „Klassenkampf“ der Beweis für die ganze Niedrigkeit, mit der der Gegner das Proletariat ecktsichtigt.

Natürlich ist der Klassenkampf ein Kampf der Klasse. Doch ist es unecht, wenn eine Klasse kämpft? Dann wären alle großen Gemeinschaften und alle großen geistigen Bewegungen niedrig und verwerflich. Es umnt darauf an, wofür die Klasse kämpft. Und das ist es, daß die Gegner das letzte Ziel des proletarischen Kampfes nicht kennen, daß sie nur die Gegenwart sehen und den Tageskampf, ohne aus dem ganzen gewaltigen Ringen den hellen Strahl des neuen Morgens herauszufühlen, der sich aus diesen Ringen mit Naturnotwendigkeit hindurchringt.

Der Kampf des Proletariats ist nicht Selbstzweck. Der Kampf der Klasse will nicht nur ein Recht. Schon heute nehmen ja an den gewerkschaftlichen Kämpfen so viel Schmarotzer teil, die nicht die Tatkraft aufbringen, selber mitzuwirken. Der Kampf der Klasse gilt allen. Das ist gerade der hohe Idealismus des Klassenkampfes, daß allen durch ihn das Glück werden soll, selbst den Gegnern. Alle sollen den neuen Tag begrüßen, an dem der Bruder für den Bruder schafft, die Schwester für die Schwester und an dem Liebe das einende Band der Welt ist. Und darum ist der Klassenkampf Grobes der Weltgeschichte. Er ist der größte Erziehungsfaktor des Menschentums. Aus dem Kampfe, dem Klassenkampfe heraus, soll die Liebe werden.

### Oberschlesien und die „Schlesische Tagespost“.

Offenbar hat der kleine Erfolg der Deutschnationalen bei der Berliner Stadtverordnetenwahl einigen Rechtsradikalen die Sinne vollends verwirrt. Die Breslauer „Schlesische Tagespost“, als eines der überlieferten rechtsbolschewistischen Hechlschriften bekannt, läßt seinen Ehrgeiz darin zu finden, dem berüchtigten „Miesbacher Anzeiger“ Konkurrenz zu machen und ihn durch die unübersehbare Ungeheuerlichkeit ihrer Verleumdungen aus dem Felde zu schlagen. Ein sehr absonderlicher Friedrich Wilhelm, Prinz zu Lippe, leitert seit der Dienstausgabe des Blattes über Oberschlesien. Der erste Satz schon enthält keine ganze Abnungslöslichkeit, so daß man Scheid weiß und der Rest eigentlich nur noch in der Strafkammer interessieren kann. Denn, wenn ein Mensch schreibt: „Alle Verbrechen, die Taten des Selbstmordes, der Kampfe der Deutschnationalen gegen die Erillungsregierung — alles hat nichts gerührt, die Entschädigung ist gegen uns gefallen...“ so ist damit das Maß dessen, was man Unkenntnis nennen könnte, überschritten und es liegt bewußte Lüge und Verleumdung vor. Denn daß gerade die sogenannten „Taten des Selbstmordes“ und auch der deutschnationale Kampf gegen die Erillungsregierung sehr wesentlich mit Schuld haben an unserem Verlust in Oberschlesien, darüber streiten sich heute Leute, die Einsticht in die Dinge haben, nicht mehr. Der Selbstmord hat uns unendlich viel geschadet und viele Oberschlesier, die ihm im ersten Augenblick nicht ungewöhnlich gegenüberstanden, sind nach den „Taten“, die er in Oberschlesien vollbracht, anderer Meinung geworden und wünschen, Oberschlesien hätte nie einen Selbstmord gesehen.

Es kommt dem prinzipiellen Leitartikel aber auch garnicht darauf an, Wahrheiten auszusprechen und sachlich zu urteilen. Es kommt ihm nur darauf an, gegen die verhaßte Regierung Witz Sturm zu lauten und dem Deutschen Volke in dieser neuen schweren Stunde wieder einmal zu zeigen, wie die nationale Würde, die die Herren Deutschnationalen predigen, in der Tat aussieht. Er leistet sich also die schamloseste Verschönerung der Regierung, die sich das deutsche Volk selbst gewünscht hat. Der „Arde“ Rathenau muß wieder herhalten:

„Wird das deutsche Volk endlich aus Schaden klug werden und erkennen, welchen Unfug es dieser Garbe fremdbürgerlicher Vaterlandsverderber, wie Rathenau und deren Gefolgsleute, verdankt? Wie lange noch will das deutsche Volk sich von ihnen ins Verderben führen lassen? Wie lange noch will das deutsche Volk vaterlandslose Internationalisten aus Palästina seine Geschicke wahrnehmen lassen? Wie lange noch will das deutsche Volk sich dazu hergeben, selbst die Zwangsverleumdungen der Entente zu ertragen, wie dieses Ententeblut, das uns heute misshandelt, es nun aus verbannt?“

Wer heute glaubt, daß mit solchen eblenden Verheungen und Verleumdungen dem deutschen Volke gedient wird, ist einfach ein Verbrecher. Das Treiben der „Schlesischen Tagespost“ in dieser ersten Stunde ist verbrecherisch. Die verdeckte Auforderung zu neuen politischen Morden, die in den obigen Zeilen liegt, rechtfertigt allein dieses Urteil.

### 75 Jahre Volksbücherei 1.

Die städtische Volksbücherei I, Kreuzstraße 27, kann am 18. Oktober d. Js. auf ein 75-jähriges Bestehen zurückblicken. Sie wurde im Jahre 1846 durch den „Verein für Volksbildung“ — eine Vereinigung von 62 angesehenen Männern unserer Stadt — begründet. Die städtischen Behörden gewährten ihr einen jährlichen Zuschuß von 100 Talern und geeignete Unterkunft im Hause Rathhausstr. 1. Die Ausleihe fand damals während zwei Stunden an den Sonntag-Nachmittagen statt. Später kam je eine Stunde an den Mittwoch- und Sonnabend-Nachmittagen, für Kinder bestimmt, hinzu.

Am 1. Juli 1872 nahm die Stadt Breslau die Bibliothek in eigene Verwaltung. Da sich die bisherigen Räume bei

Mobilmachungstage an mit Militär belegt war. Das Amt des Bibliothekars wurde anfangs ehrenamtlich, später nebenamtlich von städtischen Lehrern verwaltet und erst in jüngster Zeit wurde eine eigene für diesen Beruf vorgebildete Bibliothekarin angestellt.

### Ein Beitrag zur achtstündigen Arbeitszeit.

Zu dem in Nr. 242 der „Volkswacht“ erschienenen Artikel sei mitgeteilt, daß diese Ueberschreibung der achtstündigen Arbeitszeit nicht nur in den Fleischerbetrieben vorkommt, sondern auch in anderen Betrieben.

Die männlichen Kartonnagenarbeiter der Firma Friedmann & Co. arbeiten von morgens 5 Uhr bis abends 9 Uhr und Sonntag von morgens 7 Uhr bis abends 7 Uhr. Es werden nicht nur Arbeiten ohne Inanspruchnahme des Kraftbetriebes geleistet, sondern auch die elektrische Kraft wird in dieser Zeit zur Arbeit verwendet. Es wird an den Aufsichtsbehörden liegen, diese Ausnutzung der motorischen und menschlichen Kräfte zu inhibieren.

### Vom Bildungsausschuß.

Wissen wir Arbeiterkern über Kindererziehung schon genug?

Daß ein Töchter etwas vom Holz versteht oder der Schulfächer vom Leder, gilt als selbstverständlich. Wehe dem Arzt, der sich mit einem Kranken beschäftigt, der nicht zuvor den Körper des Kranken und gesunden Menschen studiert hätte! Er würde als Pfuscher nur Unheil anrichten. Wie ist es aber mit dem Kindererziehen? Wieviel Eltern, die Kinder in die Welt setzen, beschäftigen sich ernsthaft mit der Seele des Kindes, seiner Entwicklung, seiner Behandlung, seiner Erziehung? Auf diesem so wichtigen Gebiet glauben viele noch den Luxus des Herumexperimentierens und Quackalberns leisten zu können. Die Volkschule, die mit dem 14. Lebensjahr abbricht, ohne sich um die geistige Fortbildung der Schülern zu kümmern, gibt den künftigen Eltern auf diesem Gebiet so gut wie nichts auf den Weg. Da heißt es: Arbeiter helft euch selbst! Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein, sagt Karl Marx. Das gilt nicht bloß für die wirtschaftliche und politische Befreiung, das gilt vor allem auch für die geistige Befreiung. Man spricht jetzt viel von Schulreform. Aber die beste Schulreform würde nichts nützen, wenn die Eltern nicht genügend Verständnis und Verantwortung in Erziehungsfragen besitzen. Die Schulreform kann auch nicht kommen, solange die Eltern sich nicht ernsthaft bei der Erziehung ihrer Kinder anfangen und sich das geistige Rüstzeug erwerben, um die herkömmliche Erziehung in bessere Bahnen zu leiten. Prügel und Schelte, die beliebtesten Erziehungsmittel, sind natürlich nicht die besten. Erziehen ist eine geistige Tätigkeit, setzt Nachdenken voraus. Erziehen ist Arbeit am Kinde, setzt ein Verstehen der Kindesnatur voraus. Arbeiterkern und solche, die es werden wollen, moßt ihr, daß eure Kinder ordentlich erzogen werden, so bedingt die Kurze für Kindererziehung, die vom Bildungsausschuß in Verbindung mit dem Volksbund für neue Erziehung (Bund emschießender Schulreformer) veranstaltet und von dem Vorsitzenden der hiesigen Ortsgruppe, Dr. Immanuel Lemm, der in der letzten Unterhaltungsbeilage den Aufsatz über „Kam und soll man Kinder ohne Prügel erziehen?“ veröffentlichte, geleitet werden. Der erste dieser Kurse behandelt: Verantwortlichkeit der Erzieher, Aufgaben und Mittel der Erziehung, Erziehungsmächte, Beschäftigung des Kindes und Berufswahl.

Dieser Kurs dauert 6 Stunden (Montags von 7-8 Uhr). Teilnahmegebühr 10 Mark. Beginn 31. Oktober. Meldungen im Zimmer 44 des Gewerkschaftshauses.

### Kurzus in Rechnen.

Der am letzten Donnerstag ausgefallene Rechenkurs wird nun bestimmt — morgen beginnend — Donnerstag von 8-9 Uhr in der katholischen Realschule, Nikolai-Str. 20, abgehalten werden. Anmeldungen können dort noch vor Beginn der Stunde erfolgen.

### Weitere Kurse in Rechnen und Deutsch.

Da nachträglich noch verschiedene Meldungen für Deutsch und Rechnen eingetroffen sind, so werden weitere Kurse eingerichtet. Es finden statt: ein Rechenkurs Montag von 7-8 Uhr (Beginn 24.), ein Deutschkurs Montag von 8-9 Uhr (Beginn 24.), Rechenkurs Dienstag von 7-8 Uhr (Beginn 25.), und Deutschkurs Dienstag von 8-9 Uhr (Beginn 25.), Deutschkurs Donnerstag von 7 bis 8 Uhr (Beginn 27.), und Rechenkurs Donnerstag von 8-9 Uhr (Beginn 27.) — Anmeldungen zu den Kursen vor Beginn der ersten Stunde in der kath. Realschule, Nikolai-Str. 20.

### Hungerstreik der Kommunisten.

Die Kommunisten, die in Breslau wegen Bildung einer roten Armee in Untersuchungshaft saßen, waren als Protest gegen die langsame Führung der Untersuchung in den Hungerstreik getreten. Wie die „rote Fahne“ mitteilt, sind jetzt alle Verhafteten bis auf den Kommunisten Delmer aus der Haft entlassen worden.

### Schnitzlers „Reigen“ im Bürgerpark-Krieter.

Die zehn Szenen des Schnitzlerschen „Reigen“, scheinbar noch immer von Breslau verbannt, zeigten sich gestern im Krieterer Bürgerpark einem verständigen Theaterpublikum, das in Automobilen, Droschken und überfüllten Straßenbahnen zu dem hartumkämpften Ereignis in die ländliche Stille hinausrollte. Zunächst ein Wort über das Stück:

Mit Zartheit, sachlich, fest und kühn hat Schnitzler in diesen zehn Bildern entwürdigtes Verlesben gezeichnet: die Gemeinheit der seltsamen Hingabe, den Ekel nach verflachter Körperlust, die Brutalität der Eier, die Luftlosigkeit der Luft, die Schamlosigkeit bezahlter Freigabe, mit einem Wort, das ganze roh und plumpe zerfetzte Heiligum der Geschlechtsliebe, die nicht im Seelischen wurzelt, sondern nur im Trieb und in der Lust, nur im Kaul, nur in Eier; Seele zeigt sich erst nach dem physischen Vorgang, und da man sie vor ihm nicht braucht, gerät sie verachtet, klingt leise ihr Klagen auf in der Ernüchterung, leise und vergeblich. Sehr richtig hat die 6. Zivilkammer des Landgerichts III. in Berlin in ihrem Urteil über den „Reigen“ folgendes gesagt:

„Die körperliche Vereinigung sollte stets lediglich der natürliche Ausfluß inniger, seelischer Gemeinschaft sein. Ein Verfall dieser Auffassung hat leider in weitestem Schichten den Weg geeffnet. Die Krieterer wird durch diese Auffassung die ganze Jämmerlichkeit des in ihrer Mitte mehr und mehr einreisenden sittlichen Tiefstandes nachdrücklich vorgeführt. Es wird gezeigt, wie durch einen unedlen und unvollkommenen Genuß des Augenblicks gedankenlos und wüßlos zu Boden getreten wird, was der Menschheit das Heiligste sein sollte.“

Diese Entwürdigung des Geschlechtsverkehrs zur Unzüchtigkeit, zur Laune, zum Leichtsinne, zum Abenteuer, dies fehlen jeder großen, tiefen, sittlich begründeten echten, edlen Leidenschaft wirken erschütternd, weil sie auf richtiger Beobachtung beruhen.

Aufführung haben, die unter bedauernden Mängeln litt.

Man sollte herrert delikate Dinge, bei denen eine Nuance in Ton und Gehör alles verderben kann, nur von den feinsten, vornehmsten und künftigen Darstellern spielen lassen. Und man sollte sie nicht der Weite eines unfünftlerischen Raumes aussetzen und nicht den Unzulänglichkeiten einer in Hast improvisierten Bühne, auf der jede Illusion zum Teufel geht. Beiden Forderungen wurde man nicht gerecht. Die Bilder erstlitten dadurch zum Teil in jeder Beziehung Verluste, die ihnen alle Wirkung nahmen. Sehr fein war eigentlich nur die letzte Szene, Graf und Dirne, von Karl Morvilius und Elzira Bach-Clemens fein abgetönt, dargestellt. Dagegen wirkten die Schauspielerinnen Elisabeth von Trachten und Maria Neufelzen, jere durch ihre kompetente Stimme und Affektiertheit, die durch hüde Theaterlei, sehr schlecht. Die Herren hielten sich auf, besonders seien noch Fritz Kampers und Hans Eggerich erwähnt. Hoffentlich wird in den kommenden Vorstellungen dafür gesorgt, daß man nicht durch den Zwischenvorhang sehen kann, daß das Bett nicht zusammenbricht (was natürlich idyllische Heiterkeit erregte und Schnitzer einen Augenblick in die Gasse zu ziehen schien) und daß die Kassenmusik entweder weghleibt oder durch wirkliche Musik ersetzt wird.

### Achtung! Arbeiterjugend!

Am Donnerstag, den 20. und Freitag, den 21. Oktober, besucht die Arbeiterjugend die Ausstellung „Volkswacht“ im Feuerwehrturnsaal, Zwingerstraße 14. Die Besichtigung findet in zwei Gruppen statt und zwar für die Heime 5, 6, 7, 8, 9 am Donnerstag, für die Heime 1, 2, 3, 4, 10 am Freitag. Die in Frage kommenden Heime sind Freitag zu schließen.

Mit jeder Besichtigung ist ein erklärender Vortrag verbunden. In Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit — die Ausstellung dient der Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten usw. und bietet wertvolles Material — wird rege Beteiligung ermarct. Der Eintrittspreis ist auf 50 Pfennig herabgesetzt. Treffpunkt ist jedesmal die Hauptfeuerwache, Eingang Zwingerstraße. Zeit 7 1/2 Uhr abends. Das Eintrittsgeld ist mitzubringen.

\* Der kleine Saal des Gewerkschaftshauses ist für Sonntag, den 27. November, noch zu vergeben.

\* Arbeitslehkolonie für Schwachbehähigte. Nachdem die Stadtverordneten-Versammlung durch ihren Beschluß vom 29. September d. Js. sich damit einverstanden erklärt hat, daß die Arbeitslehkolonie für Schwachbehähigte in Zimpel vom 1. Oktober ab auf 10 Jahre von der Stadtgemeinde gepachtet wird, hat mit Zustimmung des Oberbürgermeisters das Dezernat über die Anstalt, da sie in städtische Wohlfahrtspflege fällt, Stadtrat Tilsner und das Dezernat Frau Stadtrat Friedländer übernommen. Die bürokratische Bearbeitung wird vom Büro I, die verwaltungstechnische im Einverständnis mit dem Kuratorium des Knabenospitals in der Neustadt bis auf weiteres von Inspektor Wagenknecht durchgeführt.

\* Erhängt aufgefunden wurde am Sonntag an den Dsmitzer Friedhöfen der 51 Jahre alte Gindler Karl Rißhof aus Pichtenberg bei Berlin. Die Leiche ist in das Schauhaus überführt worden.

### Konzerte — Theater — Vergnügungen.

#### Mitteilungen der Direktionen:

**Stadttheater.** Heute abend 7 1/2 Uhr „Hoffmanns Erzählungen“ mit den Damen Dannenberg, Gajewska, Keizer, Reich, Ochs-Pfah und den Herren Jaber, Hauschild, Hahberg, Kubl, Taubert, Wilhelm, Wilmshy. Musikalische Leitung Dr. Ernst Praetorius, Spielleitung Dr. Georg Paul. Morgen 7 1/2 Uhr „La Traviata“, Freitag 7 Uhr „Der Rosenkavalier“.

**Vereinigte Theater.** Am Mittwoch wird im Lobe-Theater, in der Inszenierung von Wilhelm Lichtenberg und mit Maria Rein in der Hauptrolle, Bruno Franke Drama „Das Weiß auf dem Tiere“ wiederholt. Am Donnerstag findet eine Aufführung von „Maria Stuart“ in der bekannten Besetzung statt. Am Thalia-Theater wird am Mittwoch die Bohe „Er und seine Schwester“ und am Donnerstag „Sammelfundenten“ wiederholt.

**Schauspielhaus.** (Operettenbühne.) Galspieler Else Knebel von der Staatsoper Berlin im Schauspielhaus. Heute Mittwoch, morgen Donnerstag, Sonnabend und Sonntag abends singt Else Knebel von der Staatsoper Berlin die Hertenje in der Operette „Der Opernball“, Sonntag nachmittags die Weile in der Operette „Die Fledermaus“.

**Berliner „Reigen“-Galspieler.** Die allabendlich um im Bürgerpark, Krieterer, stattfindenden „Reigen“-Galspieler entgegen allen anders lautenden Informationen, nach wie vor in der Inszenierung des Berliner Kleinen Schauspielhauses, sowie mit der fast ausschließlich reichshauptstädtischen Besetzung in Szene. — Von neuen Kräften ist u. a. das frühere Mitglied des Lobe-Theaters, Marianne Copony, hinzugegagiert worden.

**Kampfsche Streifenrevue, Luna-Sale.** Bei dem heiligen Weirreit zeigten sich folgende Resultate am Dienstag: Bräuner und Reiber kämpften 20 Minuten ohne Resultat. Saft warf nach 5 Minuten seinen Gegner Kalt durch Hüßlichkeit. Die Entscheidung Jahnon-Rittauen gegen Neßtröm-Littand nahm einen weniger sportlichen Verlauf, als man erwartet hatte. Neßtröm mußte nach einer Gesamtzeit von 1 Stunde 17 Minuten disqualifiziert werden, mit Anrechnung einer Niederlage, zumbestehen erhielt Jahnon den Sieg. Von dem Kampfe wäre noch zu erwarten, daß den Ausländern noch mehr das forstliche, sachliche Ringen beigebracht werden muß, also ein noch schärferes Vorgehen ist hier am Platze. Letto und Weinura hatten keine Zeit mehr, miteinander fertig zu werden. Heut Mittwoch finden, um alle Kämpfe auf Entscheidung zu bringen, nur drei statt. Die erste Begegnung ist Neßtröm gegen Letto. Die Entscheidung muß also fallen. Danach ringt Bräuner-Niederhiesien gegen Schidat-Königsberg und Petrowisch tritt mit dem Dppelner Brilla zusammen.

### Bereinstalender.

**Achtung! Hausmeister.** Donnerstag, abends 8 Uhr, Hausmeister-Versammlung. Nur für Mitglieder. (Näheres siehe Interat).

**Berlehrsband.** Telegraphenarbeiter, Handwerker. Montag, den 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gesellschaftshaus Wratistawia (Erner), Mauritzusplatz 4, eine wichtige Sektionsversammlung statt. (Näheres siehe Interat).

**Transportarbeiter-Verband.** Berlehrsband. Freitag, 21. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Bräuer, Gablitzstraße 20, Mitglieder-Versammlung. (Näheres siehe Interat).

**Freie Turnerschaft Breslau.** Sonnabend, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses die Vierteljahresversammlung statt. Wichtige Tagesordnung.

**Deutscher Eisenbahner-Verband.** Donnerstag, den 20. Oktober 1921, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine Vollversammlung der Betriebsräte und Beamtenschaft, sowie der Vertrauensleute des D.-E.-B. statt. Tagesordnung siehe Interat. Der Vorsitzende ist Jurek. Die ordentliche Monats-

# Gewerkschaftsbewegung.

## Die Berliner Zeitungsausperrung.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Auch am heutigen Morgen sind in Berlin keine Zeitungen erschienen, und es ist vorläufig noch nicht abzusehen, wann die Berliner Presse die Arbeit wieder aufnehmen wird. Im Laufe des Dienstags hielten die Arbeiter und Angestellten der Firma Kasse eine Betriebsversammlung ab, in der man sich über das trübe Vorgehen der Firma, "daß der noch nichts ohne einen sanften Druck erreicht wurde", und über die Behandlung der Unternehmer gegenüber Betriebsratsmitgliedern beschwerte. Die Tagung der Versammlung kam in folgender angenommener Resolution zum Ausdruck:

"Die Betriebsversammlung der Firma Kasse billigt nicht das Vorgehen ihrer gesetzlichen Vertretung. Sie verurteilt das brutale Vorgehen der Firma, die nicht den Verhandlungsweg wählt, sondern die Arbeiterkassen kritiklos ausplündert. Sie verurteilt ferner die Haltung ihrer Organisationsvertreter im Schlichtungsausschuß, die den beleidigenden Fleißerungen des Prinzipalsvertreter nicht mit der gebotenen Schärfe entgegengetreten sind. Sie gelobt, auszuhalten im Vertrauen auf die Solidarität der gesamten Arbeiterkassen."

## Deutscher Textilarbeiterverband.

In der am 14. Oktober stattgefundenen Quartalsversammlung erklärte Kollege Kubitz den Bericht vom 1. Schließlichen Heimfahrtstag, welcher am 28. und 29. September im Breslauer Kongresshaus stattfand.

Mit Interesse verfolgte die Versammlung die Ausführungen und befandete durch Beifall, wie notwendig es sei, das Siedlungsweien zu fördern, und daß das Volk am Boden Anteil habe.

Den Geschäftsbericht erläuterte Kollege Gärner. Der Geschäftsgang in der Textilindustrie war im 3. Quartal als ein guter zu bezeichnen, wenn er auch in den Flachströbereien zu wünschen übrig ließ. Wegen Mangel an Strohhalm mußten Arbeiterinnen entlassen werden, welche über die Sommermonate auf dem Felde beim Trocknen beschäftigt waren, und nicht wie andere Jahre die Wintermonate über in der künstlichen Trocknung beschäftigt werden konnten. Die Ursache an Strohhalmemangel soll nach den Angaben der Unternehmer darin zu suchen sein, daß der deutsche Landwirt nicht mehr Flachs anbaut wie in anderen Jahren, sondern die Kartoffelernte sich vorzieht, da ihm die mehr einbringe.

Demzufolge ist die Mitgliederzahl nicht gestiegen, wie sie eigentlich müßte, durch das Anwachsen der Beschäftigtenzahlen in der Kammergarnindustrie, sondern sie hat nur das Ausgeschiedene, was durch die Flachströbereien verloren ging an Mitgliedern.

Die Arbeitslosenziffer in unserem Verbands betrug 78 Personen, die hatten einen Arbeitsverlust von 256 Wochen oder 44 160 Mark.

Kurzarbeiter waren im 3. Quartal 39 Personen, welche 2089 Arbeitsstunden verlieren mußten, demzufolge einen Lohnausfall von 523,10 Mark.

Schuldbewegungen wurden innerhalb der Bezirksfiliale Breslau in 3 Teilen mit 23 Vertrieben für 2505 Beschäftigte geführt. Es wurde teils durch neue Tarifabschlüsse, teils durch besondere Forderungszahlungen im 3. Quartal die Gesamtsumme von 521 857 Mark erzielt.

In Sitzungen und Versammlungen war die Geschäftsleitung in 12 Fällen in Anspruch genommen.

Der Versammlungsbereich weist im 3. Quartal die Teilnehmerzahl von 5564 Personen nach, was der Mitgliederzahl von 3066 nicht zur Zufriedenheit angerechnet werden kann.

Der Jugenddienst zeigt sich recht deutlich in der Korrespondenz, wo 336 Eingänge, 1655 Ausgänge gegenüberstehen.

Ob und wie die Gewerksicherung nach all dem Berichteten die Pflicht erfüllt hat, überlassen wir dem Urteil der Mitglieder." Im Anschluß an den Geschäftsbericht erstattete Kollege Kubitz den Kassenericht, der in Einnahme und Ausgabe mit 123 648,23 Mark bilanziert.

Nach dem Bericht der Revisionskommission wurde der Geschäftsleitung einstimmig das volle Vertrauen ausgesprochen.

Unter geschäftlichen Mitteilungen verweist Kollege Gärner auf die strenge Durchführung der Verbandstagsbeschlüsse und erlucht die Mitglieder, sich genau mit dem Verbandsstatut, sowie den Ortsbestimmungen vertraut zu machen, damit es nicht vorkommen muß, daß Mitglieder wegen Nichterfüllung ihrer Verbandspflichten gerügt werden müssen.

Ferner findet am 23. November im Breslauer Gewerkschaftshaus, nachmittags 3 Uhr, eine Textilarbeiterinnenkonferenz von Schließten statt, die Delegierten werden in einer besonderen Funktionärsversammlung gewählt werden.

Dem Wunsch, künftige Lohnverhandlungen vormittags beginnen zu lassen, und die neuen Tarifverhandlungen nach vor Ablauf des Oktober zu führen, soll durch Eingabe an die Unternehmerorganisation entprochen werden.

Mit dem Hinweis auf die Veranstaltungen des Arbeiterbildungsausschusses und der Bitte um rege Beteiligung, ging die Versammlung zu Ende.

## Wasserstand

vom 19. Oktober 1921.

Ratibor	0,68	Stette (Unter-Regel)	1,40
Krupp	2,13	Breslau (Ober-Regel)	4,00
Brig (Waldenau)	1,40	Unter-Regel	2,30
Kotzsch	1,38	Treßchen	1,14
Stette (Ober-Regel)	3,82	Pöpelwitz	—
Wasserwärme: 11,0			

**Achtung! Mitglieder Achtung!**  
**d. Deutschen Transportarbeiterverbandes (Verkehrsbund)!**  
 Freitag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr,  
 im lokale von Bräuer, Gabitzstraße 20:  
**Mitglieder = Versammlung.**

### Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Aussprache über den Bericht der Ortsverwaltung für das III. Quartal.
2. Beschlußfassung über Beitragserhöhung.
3. Ausschluss von Mitgliedern.

Mitgliedsbuch oder Karte ist am Eingang vorzulegen.

Die Ortsverwaltung.  
 J. U. Senk.

**Achtung! Achtung!**  
**Telegraphenarbeiter, Handwerker!**  
 Montag, den 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr,  
 findet im Geschäftslokal Westfalen (Exner), Maximilianplatz 4, eine  
**wichtige Sektionsversammlung**

### Tagesordnung:

1. Welche Bedeutung haben die Gewerkschaften?
2. Berufsträger.

Um recht zahlreiches und zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Sektionsleitung Deutscher Verkehrsband.  
 J. U. Viertel.

**Meine Lager sind gefüllt**  
 noch zu alten niedrigen Preisen  
**Tuch-Lager Carl Korte**  
 Breslau, nur Herrenstraße 7

**Wittings, Abendlich**  
 für Seaside, Geschäftslokal  
 Mitgliederstraße 59, I. Gg.  
**Möbel**  
 billig geg. Kasse oder Zeit.  
 F. David, 65 1/2  
 Friedrich-Wilhelmstr. 2, I.  
**Moderne Schlüpfer**  
**Moderne Raglans**  
**Moderne Ulster**  
**Moderne Anzüge**  
 billig u. nach Maß kaufen  
 Sie sparen billig in der  
 Herrenkleiderfabrik  
**Neumarkt 13, I.**  
 Eingang Breitestraße  
**Gedr. Hänel.**

**Inserate**  
 erzielen in der  
 Zeitschrift  
 den größten  
**Erfolg!**  
**Zu kaufen gel.**  
**Grammophon**  
**II Platten II**  
 abzugeben und auch  
 zum Kauf zu haben.  
**Carl Sackur**  
 Königstr. 54, Tel. 2580 R.

**Zum Verkauf**  
**6 gute, neue**  
**Anzüge**  
**und 3 Ulster**  
 billig zu verkaufen  
 J. Lengs, Südstraße 11, II.  
**Nähmaschinen**  
 zu sehr billigen Preisen  
 Rosenfeld, Südstraße 7, II.

**Vergessen Sie nicht**  
 bei Einkäufen unsere Bekleidungsabteilung  
**am Neumarkt Nr. 12**  
 zu besuchen,  
**noch zu alten Preisen**  
 bieten wir große Auswahl in

<b>Damenmäntel</b> in den verschiedensten Farben und Formen	<b>Unterkleidung</b> für Herren, Damen und Kinder	<b>Herren-, Knaben- und Kinderanzüge</b> moderne Stoffe, gute Verarbeitung
<b>Kindermäntel</b> für jedes Alter	<b>Prima Hemdentuche</b> sehr preiswert	<b>Ulster u. Schlüpfer</b> in reichhaltiger Auswahl
<b>Damenröcke</b> in allen Mächarten	<b>Trikotagen</b>	<b>Joppen</b> äußerst preiswert
<b>Kostüm- und Kleiderstoffe</b> aparte Neuheiten	<b>Strumpfwaren</b> <b>Kurzwaren</b> usw.	<b>Arbeitskleidung</b>

Soweit möglich, bitten wir die Einkäufe an den ersten Tagen der Woche zu tätigen  
 Unsere Herren-Maßabteilung bringen wir in empfehlende Erinnerung

**Zentralverband der Hausmeister**  
**Achtung! Hausmeister**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr  
**Hausmeister-Versammlung**  
 (Nur für Mitglieder)  
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.  
 Mitglieder sind gebeten, sich rechtzeitig zu melden.  
 Die Ortsverwaltung.

**Arbeitsmarkt**  
 für Oberbender  
 Samuel Sohn & Co.

**Tüchtige Schneidermeister**  
 auf Costes, Ulster, Raglans sofort gesucht  
**Franz Bilek**  
 Spezialhaus für Herren- u. Knabenanzüge  
 Friedrich-Wilhelmstr. 105.

**Erfahrene Kesselpolierer**  
 sofort gesucht.  
**H. R. Heinicke, Breslau**  
 Kaiser-Wilhelm-Strasse 70.

**Achtung! Achtung!**  
**Händler! Hausbesitzer!**  
 Billigste Bezugsquelle für  
 Zement-Zylinder-Schicht

**Geübte Plätterinnen**  
 für Oberbender  
 Samuel Sohn & Co.

**Maurer**  
 zur Schanzelbau nach Sollenhain  
 in Schließten gesucht. Zu melden  
**Bereitete Bauunternehmung**  
 Breslau, Neue Schanzelbau Str. 6.

**Geschickte junge Mädchen**  
 können sich melden  
 Samuel Sohn & Co.



